

12.3.1962

Frau
Dr. Maria Reichsgräfin von Herbertstein
Auswärtiges Amt - Rechtsabteilung
B o n n
Koblenzer Straße 101-103

Verehrte Gräfin,

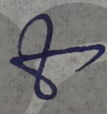
obwohl meine an den Herrn Staatssekretär Carstens gerichteten Briefe auf dem Dienstweg zu Ihnen gelangen, überreiche ich Ihnen, um Sie sofort zu unterrichten, hier einen Dur hschlag des Schreibens, das ich heute dem Herrn Staatssekretär zuschicke.

Die erschreckende Entwicklung in der Familienzusammenführung zwang mich im Einverständnis mit Herrn Ludwig zu diesem Brief. Ich weiß gut, daß auch Sie sich dieselben Sorgen machen wie wir. Und so brauche ich Sie gar nicht zu bitten, uns auch jetzt beizustehen.

Als Ergänzung zum Brief an den Herrn Staatssekretär möchte ich erwähnen, daß die Auswanderer durch den Zwang, Flugzeuge benutzen zu müssen, auch noch insoweit geschädigt werden, als sie aus dem Banat und Siebenbürgen statt gleich nach Westen zu fahren nun nach Osten zum Flughafen Bukarest reisen müssen, wodurch die Kosten sich wiederum erhöhen. Und dann stelle man sich vor, wie solch ein vielleicht sehr einfacher Auswanderer hilflos auf dem Weltflugplatz Frankfurt steht, während er ~~jetzt~~ bisher an der Grenze schon eine Betreuung empfangt.

In der nächsten Woche hoffe ich Sie in Bonn besuchen zu können.

Mit freundlichen Grüßen und herzlichem
Dank Ihr sehr ergebener

i k g s 
(Zillich)

Beilage

13.6.1962

Frau
Dr. Maria Reichsgräfin von Herberstein
Auswärtiges Amt, Rechtsabteilung
Bonn

Verehrte Gräfin,

es war für mich eine große Freude, mit Ihnen und Ihrem Gatten beim siebenbürgisch-sächsischen Heilmattag in Dinkelsbühl einige heitere Stunden zu verbringen. Besonders erfreute es mich, daß Ihnen, wie Sie sagten, das Treffen Vergnügen bereitete. Vielleicht vermochten Sie dabei einen Eindruck von meinen Landsleuten zu gewinnen, der für uns nicht unangenehm ist.

Auch darüber bin ich glücklich, daß wir, Herr Ludwig und ich, mit Ihnen über unser altes Thema, die Familienzusammenführung, sprechen konnten und von Ihnen hörten, daß unsere Audienz beim Herrn Bundeskanzler in kurzem stattfinden werde. Für Ihre Bemühungen um die Verwirklichung dieser Vorsprache danke ich Ihnen namens meiner Landsleute sehr herzlich.

Eines freilich bereitet Herrn Ludwig und mir arge Sorgen: Ihre Mitteilung, dem Herrn Bundeskanzler werde das Auswärtige Amt vorschlagen, auf unsere Darlegungen zu antworten, daß er die Frage des Freikaufes von Volksdeutschen aus Rumänien wieder den zuständigen Stellen, d.h. dem Auswärtigen Amt, Bundesfinanzministerium usw., zur Überprüfung übergebe.

Eine solche Antwort bedeutet nicht nur eine weitere Verzögerung unserer Angelegenheit sondern auch deren endgültige Ablehnung, denn jene Stellen, die sich schon einmal negativ geäußert haben, werden jetzt nicht anders befinden, wenn ihnen die Entscheidung überlassen bleibt. Nach der Absicht der Initiatoren der dem Herrn Bundeskanzler zugedachten Antwort hätte unsere Audienz bei ihm also lediglich den Zweck, belehrt zu werden, daß es sinnlos sei, sich an ihn zu wenden;

i k g s

maßgebend seien die Ämter, bei denen unsere Anstrengungen bisher vergeblich waren.

Selbstverständlich werden wir alles versuchen, um den Herrn Bundeskanzler zu einer für uns günstigeren Antwort zu bewegen. Neben der Schilderung des Widerstandes, auf den wir bei gewissen Behörden stießen, werden wir das Verständnis des Herrn Staatssekretärs Carstens erwähnen und darauf hindeuten, daß Herr Bundesminister Krone und der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Herr Hoffmann, unsere Anregungen durchaus positiv einschätzen und ihre Durchführung für möglich betrachten - aber müssen wir zu einem solchen notgedrungen kämpferischen Verhalten gezwungen werden? Wäre es nicht ratsamer, dem Herrn Bundeskanzler eine Antwort vorzuschlagen, die der Lösung des Problems nützt und unsere Landsleute in Rumänien aus Not und Unfreiheit endlich befreit?

Der Familienzusammenführung der Rumäniendeutschen und damit in der Folge ihrer Gesamtaussiedlung - die wir dem Herrn Bundeskanzler als unser Ziel mit der Bitte erläutern werden, es zur Aufgabe der Bundesregierung zu machen - könnte Herr Hoffmann, ehe er nach Wien geht, einen unvergleichlichen, unvergeßlichen Dienst erweisen, ja er könnte - es handelt sich um das Wohl und Wehe zweier deutscher Stämme! - eine geschichtliche Tat vollbringen, wenn er es erreichte, daß man dem Herrn Bundeskanzler eine uns nicht schädigende, sondern eine Antwort echter Hilfeleistung vorschlägt und zwar diese:

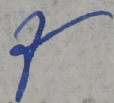
Da sich im Falle der Angehörigen des Herrn Ludwig der Weg, durch Zahlungen Volksdeutsche aus Rumänien herauszuführen, als gangbar erwiesen habe, werde das Auswärtige Amt ermächtigt, auf der Grundlage des von uns längst übermittelten Angebotes (DM 7500 für die dreiköpfige Familie und rumänische Zusicherung einer monatlichen Mindestauswanderung von 250 Rumäniendeutschen innerhalb der normalen, unentgeltlichen Familienzusammenführung) mit den dafür genannten Personen (direkt oder über Mittelsleute, z.B. durch uns) zu verhandeln, die Bedingungen nach Möglichkeit zu verbessern, aber unbedingt zunächst die Auswanderung von 600 Familien, darunter auch Eingekerkerte, abzuschließen und nach Eintreffen dieser Menschen in Westdeutschland sofort neue Abmachungen zu treffen, damit schließlich die gesamte Volkgruppe in die Bundesrepublik eingeschleust werden kann.

Eine solche Weisung des Herrn Bundeskanzlers an das Auswärtige Amt

wäre ein wirklicher Schritt vorwärts. Gewiß, er kostet Geld; gemessen an den Summen aber, welche die Bundesregierung verschiedenen zurückgebliebenen Staaten zahlt, sind die für unsere Landsleute benötigten Beträge bescheiden, besonders wenn man beachtet, daß es sich um deutsche Menschen handelt, die übrigens auch als tüchtige Arbeitskräfte einen Vorzug vor Fremdarbeitern haben sollten.

All dieses würde ich am liebsten Herrn Hoffmann schreiben; da ich aber nicht weiß, ob es Ihnen erwünscht ist, wenn ich mich auf die von Ihnen in Dinkelsbühl empfangenen Informationen beziehe, wende ich mich an Sie, verehrte Gräfin, und bitte Sie dringend und herzlich, Herrn Hoffmann sogleich darüber zu unterrichten, wie Herr Ludwig und ich denken, welche Sorgen uns quälen, wie wir auf ihn vertrauen und welche Wünsche wir hinsichtlich der dem Herrn Bundeskanzler vorzuschlagenden Antwort haben. Bitte, vergessen Sie nicht, ihm außerdem mitzuteilen, daß wir, gedrängt von unseren Landsleuten in Westdeutschland, diesmal eine greifbare Unterstützung verlangen müssen und entschlossen sind, darum mit allen Erfolg versprechenden Mitteln zu kämpfen.

Mit freundlicher Empfehlung und ergebenem
Gruß Ihr


(Dr. Heinrich Zillich)

25.8.1962

53
Frau
Dr. Maria Reichsgräfin von Herbertstein
Auswärtiges Amt - Rechtsabteilung
B o n n
Koblenzer Straße 101-103

Verehrte Gräfin,

Erlauben Sie, daß ich nach recht langer Zeit wieder bei Ihnen anfrage, wie es um unsere erbetene ~~V~~orsprache beim Herrn Bundeskanzler steht und ob wir damit rechnen können, daß der Termin in die Zeit vom 1. bis 15. September fällt. Sie erinnern sich, daß Sie uns sagten, die Vorsprache werde in der ersten Hälfte des Monats September wohl stattfinden.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn ich Ihre Antwort bald empfangen dürfte, weil von ihr die Festlegung meines Urlaubs abhängt. Haben Sie bitte Verständnis für meine Ungeduld.

Mit freundlichen Grüßen und Empfehlungen
wie immer Ihr sehr ergebener

(Zillich)

i k g s